



Rülke: Grün-schwarze Zwangsehe wird zur Belastung für das Land Baden-Württemberg

In einer von der FDP/DVP Fraktion beantragten Aktuellen Debatte mit der Überschrift „Von der Komplementärkoalition zur Blockadekoalition – wie bei der grün-schwarzen Landesregierung die Zukunft auf der Strecke bleibt“ hat der Vorsitzende der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke** der grün-schwarzen Koalition fortgesetzte Streitereien zum Schaden des Landes vorgeworfen. Die derzeitige Regierungskoalition sei als angebliche "Komplementärkoalition" gestartet und habe sich erkennbar zu einer "Konfliktkoalition" entwickelt, stellte Rülke fest. Vor lauter Streit vergesse man mittlerweile das Regieren. Für Grün-Schwarz gelte frei nach Heinz Erhard: "So lange es Haare gibt, liegt sich diese Koalition in denselben", so Rülke wörtlich.

Vor wenigen Wochen habe Innenminister Strobl ein Papier präsentiert, das 17 Streitthemen der Koalition schriftlich fixiert, erinnerte Rülke. Davon verweigerten die Grünen 16 Wünsche der CDU und die Union einen einzigen Wunsch der Grünen. "Der Zwischenstand, den der Trainer Strobl zu verantworten hat, ist also 1:16. Ein solcher Trainer käme beim Fußball zur zweiten Hälfte gar nicht mehr aus der Kabine. Nicht einmal bei Hannover 96", so der FDP/DVP-Fraktionsvorsitzende.

In seinem eigenen Ministerium könne Strobl beispielsweise nicht die Anwendung des "Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht" durchsetzen, sondern scheitere an grüner Blockadepolitik, führte Rülke auf. Deshalb unterblieben zahlreiche Abschiebungen aus Baden-Württemberg. Die Koalition mache, nach Rülkes Worten, somit das Land unsicherer.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik gebe es nur noch Streit zwischen Grünen und Schwarzen. So seien die berühmten überdachten Fahrradstellplätze und das Efeu auf dem Dach im letzten Landtagswahlkampf der Schenkelklopfer schlechthin für jede CDU-Wahlveranstaltung gewesen, erinnerte Rülke. Erreicht habe man in drei Jahren Regierungsbeteiligung allerdings null, so das Fazit des Fraktionsvorsitzenden und er erinnerte daran, dass Ministerpräsident Kretschmann diesen Unsinn noch in der vergangenen Woche verteidigt habe. Nach dessen Aussagen handle es sich nicht um "grüne Hirnfürze". Man könne dem Regierungschef nur zurufen: "Doch genau das trifft es!", so Rülke. Einmal mehr verfare Winfried Kretschmann nach einem Prinzip, das der Dichter Robert Musil mit folgenden Worten beschrieben habe: "Es ist kein großes Risiko Unsinn zu reden, denn irgendwann geschieht er!" So wie Willy Brandt seine Regierungserklärung mit "Mehr Demokratie wagen" überschrieben habe könne Kretschmann Musil zum Paten des Handelns seiner Koalition machen, so



Rülke.

„Und es geht munter weiter“, kritisierte Rülke und nannte die Evaluation des Bildungszeitgesetzes, die ergeben habe, dass es nur jeder Dritte kennt. Außerdem habe es nur für eine marginale Erhöhung der Weiterbildungsteilnahme gesorgt und werde häufig für Mitnahmeeffekte genutzt, wie Rülke ausführte. „Die Konsequenz ist: Keine!“, so Rülke. Gekrönt werde das Ganze durch eine skurrile Fehde der Wirtschaftsministerin mit dem Umweltminister im Bereich des Arbeitsschutzes.

Auch im Bereich des Ländlichen Raumes gebe es einen Bauernkrieg zwischen Grün und Schwarz, kritisierte Rülke: „Statt Wolf und Biber so wie Luchs und Auerwild ins Jagdrecht zu nehmen setzt sich die grüne Wolfsromantik durch.“

Als weiteres Beispiel führte Rülke das Marbacher Gestüt auf, für das die CDU 40 Millionen Euro wolle. Das blockierten die Grünen, kritisierte der Fraktionsvorsitzende, obgleich es in Marbach jährlich 500.000 Besucher gebe. Damit sei das Gestüt ein Leuchtturm des Tourismus. Das Besucherzentrum des Nationalparks liege bei gerade mal 100.000 Besuchern schon deutlich über 50 Millionen Euro an Kosten, stellt Rülke dagegen.

Bilanzierend, so Rülke, könne man mit Oscar Wilde über diese grün-schwarze Koalition sagen, es sei eine grün-schwarze Ehe, die der Versuch ist, zu zweit wenigstens halb so glücklich zu werden, wie man allein gewesen ist.

Das Land sei aber nicht glücklich mit dieser streitenden Blockadekoalition. Insofern könne man dem Land nur wünschen, dass es bald ein Ende habe mit dieser grün-schwarzen Zwangsehe, so Rülke abschließend.